

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

Vorhaben	Feder-führung	Vorhabenart	Beschreibung des Vorhabens	Zustimmungs-pflicht BR
Dezember				
GE Verhinderung missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft	BMI	Gesetz Bundesregierung	Entlastung der Beurkundungsstellen von einer Missbrauchsprüfung und Einführung einer Regelung, die grundsätzlich bei Anerkennung der Vaterschaft in Fällen eines aufenthaltsrechtlichen "Gefälles" der Beteiligten eine Zustimmung der Ausländerbehörde verlangt und Ausnahmen für leibliche Vaterschaften und in weiteren Fallgruppen vorsieht.	Nein
Zustimmung zum Energiecharta-Vertrag	BMWE	Völkerrechtl. Vereinbarung	Mit dem Inter Se-Abkommen soll die geltende Rechtslage nach Unionsrecht, wie vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) mehrfach betont, betreffend die Unzulässigkeit sog. Intra-EU-Investor-Staat-Schiedsklagen bekräftigt werden. Das Inter Se-Abkommen stellt klar, dass sämtliche Schiedsverfahren gegen einen EU-Mitgliedstaat (EU-MS) und die EU selbst unionsrechtswidrig waren und sind, die von Investoren aus einem anderen EU-MS auf Basis des Energiecharta-Vertrags (ECT) anhängig gemacht werden. Mit dieser Auslegung soll die EuGH-Rechtsprechung (Komstroy) in einem völkerrechtlichen Instrument verankert werden. Mit dem Instrument soll die Nichtanwendbarkeit von Art. 26 ECT als Grundlage für Intra-EU-Investor-Staat-Schiedsverfahren und Art. 47 ECT (sog. Sunset-Klausel) bekräftigt werden. Das Inter Se-Abkommen ist damit ein Baustein für die Verteidigung der EU-MS in unionsrechtswidrigen Intra-EU-Investor-Staat-Schiedsverfahren.	Nein
Aktionsprogramm Umsetzung NKWS	BMUKN	Programm	Mit dem Aktionsprogramm sollen zur Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) zentrale, für die Akteure prioritäre und kurzfristig wirksame Maßnahmen ausgewählt und festgelegt werden. Dazu sollen auch andere Ressorts Maßnahmen in ihrer Federführung beitragen.	Nein
Bundesbericht Energieforschung 2025	BMWE	Bericht	Der Bundesbericht Energieforschung stellt Transparenz über die Energieforschungspolitik der Bundesregierung her. Er beschreibt jährlich die Schwerpunkte und Fortschritte und legt Rechenschaft über die Verwendung der Fördermittel ab.	Nein
AVV Direktauftragswertgrenze für Sicherheitsbehörden	BMWE	AVV	Die Direktauftragswertgrenzen für Vergaben der Sicherheitsbehörden für Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge, welche unmittelbar der Zivilen Verteidigung, der inneren Sicherheit, dem Katastrophenschutz oder nachrichtendienstlichen Zwecken dienen, werden durch die Abweichenden Verwaltungsvorschriften deutlich erhöht und zwar entsprechend den Regelungen in den Abweichenden Verwaltungsvorschriften zur Deckung der Bedarfe der Bundeswehr, die am 23. Juli 2025 vom Bundeskabinett beschlossen wurden. Dies setzt eine Ressorteinigung im Rahmen der Kabinettbefassung zum Vergabebeschleunigungsgesetz am 6. August 2025 um, die dort im Anschreiben an den Chef des Bundeskanzleramtes festgehalten wurde. Von der Ausnahmeregelung umfasst sind die folgenden Sicherheitsbehörden, die ebenfalls im Anschreiben aufgeführt werden: der Bundesnachrichtendienst, das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Bundespolizei, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, den Digitalfunk der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.	Nein
AVV allgemeine Direktauftragswertgrenze	BMWE	AVV	Die Abweichenden Verwaltungsvorschriften sehen vor, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Wertgrenze für Direktaufträge des Bundes auf 50.000 Euro zu erhöhen, dies aber temporär bis zum Inkrafttreten des Vergabebeschleunigungsgesetzes. Denn für die allgemeine (unbefristete) Regelung der Anhebung der Direktauftragswertgrenze ist eine Änderung des § 55 BHO durch das Vergabebeschleunigungsgesetz vorgesehen. Der Gesetzentwurf wurde am 6. August vom Kabinett beschlossen und wird derzeit im Bundestag behandelt. Jedoch wird das Vergabebeschleunigungsgesetz voraussichtlich erst im Frühjahr 2026 in Kraft treten. Die derzeitige Ausnahmeregelung zur Direktauftragswertgrenze in Höhe von 15.000 Euro läuft jedoch Ende 2025 aus, es droht ein Zurückfallen auf den allgemeinen 1.000 Euro nach § 14 UVgO. Entsprechend haben die vorliegenden Abweichenden Verwaltungsvorschriften zum Ziel, die Direktauftragswertgrenze bis zum Inkrafttreten des Vergabebeschleunigungsgesetzes temporär auf den vereinbarten Wert auf 50.000 Euro zu erhöhen und das geschilderte Zurückfallen zu vermeiden. Zudem ist vorgesehen, dass die Wertgrenze für Direktaufträge für 50.000 Euro auch für Zuwendungsempfänger gilt – und dies unbefristet, da Zuwendungsempfänger nicht von der Regelung im Vergabebeschleunigungsgesetz profitieren.	Nein
VO Umsetzung EU-RL Industrieemissionen	BMUKN	Regierungsverordnung	Der Verordnungsentwurf dient ebenfalls der Umsetzung der novellierten Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen. Aufgrund der Aufnahme neuer Tätigkeiten in die novellierte IE-Richtlinie ist die 4. BImSchV anzupassen. Dabei sollen auch Potenziale zur Beschleunigung von Verfahren gehoben werden. Zudem soll in einer neuen 45. BImSchV die Betreiberpflicht zur Umsetzung von Umweltmanagementsystemen konkretisiert werden.	Ja

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

VO Weiterführung Papierakten	BMJV	Regierungsverordnung	Ab dem 1. Januar 2026 gilt grundsätzlich die Pflicht zur elektronischen Aktenführung in Straf- und Bußgeldverfahren. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sollen durch eine derzeit noch im parlamentarischen Verfahren befindliche Regelung die Möglichkeit erhalten, die Aktenführung abweichend bis zum 31. Dezember 2026 in Papierform zu ermöglichen. Mit der Regierungsverordnung soll die Ermächtigung an die zuständigen Ministerien delegiert werden, die dann eigene Regelungen für ihren Bereich erlassen können.	Nein
Nationales Entsorgungsprogramm	BMUKN	Programm	Die Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates vom 19. Juli 2011 über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, ein Nationales Entsorgungsprogramm zu erstellen. Dieses wurde 2015 erstmals vorgelegt und ist mindestens alle zehn Jahre zu überprüfen. Vor diesem Hintergrund soll eine entsprechende Aktualisierung in 2025 abgeschlossen werden.	Nein
7. Armuts- und Reichtumsbericht	BMAS	Bericht	Bericht der Bundesregierung zu Armut, Reichtum sowie den zentralen Lebenslagen in Deutschland. Der Bericht soll dem Bundestag einmal in der Legislaturperiode vorgelegt werden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, den 7. ARB bis Jahresende 2025 zu verabschieden.	Nein
GE Ausführung UN-Hochseeschutzabkommen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf des Hochseeschutzgesetzes setzt die völkerrechtlichen Vorgaben des UN-Hochseeschutzübereinkommens in nationales Recht um und regelt die nähere Ausgestaltung, wie u.a. Vorgaben zu gebietsbezogenen Managementinstrumenten und Meeresschutzgebieten sowie zu Umweltverträglichkeitsprüfungen auf der Hochsee.	Nein
GE Ratifizierung UN-Hochseeschutzabkommen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf enthält das Ratifizierungsgesetz für das UN-Hochseeschutzabkommen (engl. biodiversity beyond national jurisdiction – BBNJ), das Deutschland im September 2023 als einer der ersten Staaten unterzeichnet hat. Durch die Ratifizierung wird Deutschland Vertragspartei des Übereinkommens.	Ja
GE Umsetzung EU-RL Industriemissionen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der novellierten Richtlinie 2010/75/EU über Industriemissionen. Die Richtlinie enthält nun auch Regelungen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Darüber hinaus setzt die novellierte IE-Richtlinie unter anderem auf eine bessere Information der Öffentlichkeit und effektivere Genehmigungen. Sie sieht zudem Erleichterungen für Unternehmen vor, die mit zukunftsweisenden, nachhaltigen Lösungen vorangehen. Der Gesetzentwurf sieht u.a. Änderungen im BImSchG, WHG, KrWG, BBergG und UPGV vor.	Ja
6. Geofortschrittsbericht	BMI	Bericht	Bericht informiert über die wesentlichen Entwicklungen aus dem Geoinformationswesen.	Nein
28. Bericht Auswärtige Kulturpolitik 2024	AA	Bericht	Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik für das Jahr 2024 Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in seiner Entschließung vom 15. Juni 1994 (Drucksache 12/7890) aufgefordert, jährlich einen Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vorzulegen.	Nein
2. GE Weiterentwicklung THG-Quote (Umsetzung RED III)	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Durch das Gesetz werden ambitionierte Quoten zum Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe und anderer erneuerbarer Energieerzeugnisse langfristig bis zum Jahr 2040 fortgeschrieben. Die THG-Quote soll nunmehr von allen Kraftstoffanbietern für alle Verkehrsbereiche zu erfüllen sein. Die gesonderte Quote für erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs im Flugverkehr wird ersetzt durch eine allgemeine Quote über alle Verkehrsbereiche. Die Quote für fortschrittliche Biokraftstoffe wird angehoben, die Doppelanrechnung entfällt. Erneuerbare Kraftstoffe sollen nur noch anrechenbar sein, wenn Vor-Ort-Kontrollen durch staatliche Kontrolleure möglich sind. Die Obergrenze für Biokraftstoffe aus Nahrungs- und Futtermitteln wird abgesenkt. Die Anrechnung von Sojaöl sowie Reststoffen der Palmölproduktion auf die THG-Quote wird sofort beendet.	Nein
GE Weiterentwicklung Digitalisierung Migrationsverwaltung		Gesetz Bundesregierung	Optimierung von Prozessen und Verbesserung des Datenaustausches.	Ja
GE Änd. Umwelt-Rechtsbehelf	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf greift Änderungsbedarf u.a. aufgrund neuerer EuGH- und BVerwG-Rechtsprechung auf.	Nein
VO Änd. Emissionshandel 2030	BMUKN	Regierungsverordnung	Bei der Verordnung handelt es sich um eine Durchführungsverordnung zum Treibhausemissionshandelsgesetz (TEHG), mit der insbesondere eine Anpassung der Berichterstattungsregeln im EU-Emissionshandel (ETS-1 und ETS-2) erfolgt.	Nein
Rüstungsexportbericht 1. Halbjahr 2024	BMWE	Bericht	Der Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2025 ist eine statistische und beschreibende Unterrichtung der Bundesregierung, unter Federführung des BMWE, für Parlament und Öffentlichkeit über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2025. Der Halbjahresbericht beinhaltet insbesondere die Genehmigungswerte zu Ausführen von Rüstungsgütern im Berichtszeitraum.	Nein
Haushalt Bundesagentur für Arbeit 2026	BMAS	Sonstiger Kabinettbeschluss	Genehmigung des Haushaltplanes 2026 der Bundesagentur für Arbeit (BA) durch die Bundesregierung	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

Bericht Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2024 (SuGA 2024)	BMAS	Bericht	Jährliche Berichterstattung der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in Deutschland.	Nein
VO Änd. Abwasser	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung trägt im Wesentlichen dem Änderungsbedarf Rechnung, der sich aus der Umsetzung der europäischen Festlegung zur besten verfügbaren Technik für die Abfallbehandlung sowie in Bezug auf die Abfallverbrennung ergibt. Der Entwurf beinhaltet unter anderem allgemeine Anforderungen an das Betreiben von Abwasseranlagen nach dem Stand der Technik sowie spezielle Anforderungen, wie die Einführung von Emissionsgrenzwerten für das Abwasser und Anforderungen an die Überwachung einzelner Abwasserparameter.	Ja
Auslandseinsatz Bundeswehr: Anti-IS/Irak-Stabilisierung	BMVg	Völkerrechtl. Vereinbarung	Ziel des deutschen Engagements ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region, insbesondere des ehemaligen Kerngebiets von IS im Irak beizutragen. Der deutsche militärische Beitrag dient dazu, in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungsengagements Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern.	Nein
GE Kassenpflicht	BMF	Gesetz Bundesregierung	Einführung einer Kassenpflicht ab einem Umsatz iHv 100 000 Euro ab dem 1.1.2027; stufenweise Abschaffung der Belegausgabepflicht und Verpflichtung der digitalen Belegausgabe ab 1.1.2029; generelle Kassenpflicht ab dem 1.1.2029; weitere strafrechtliche Maßnahmen.	Ja
Übereinkommen zur Einrichtung einer Internationalen Schadensersatzkommission für die Ukraine	AA	Völkerrechtl. Vereinbarung	Gründung einer neuartigen internationalen Organisation unter dem Dach des EuR. Die Kommission wird beizifern, wie hoch die Schäden sind, die Menschen, Unternehmen und der Ukr Staat seit 2022 durch RUS Aggression erlitten haben, und die Höhe der von RUS geschuldeten Entschädigung feststellen. Das vom Eur gegründete Schadensregister wird in der Kommission aufgehen.	Nein
Bericht internationale Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2023-2024	BMFTR	Bericht	Gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. März 2015 (BT-Drs. 18/4423) legt das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit 2017 alle zwei Jahre einen Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung vor, der umfassend über die internationale Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung der Ressorts und der Wissenschafts- und Mittlerorganisationen informiert. Der fünfte, hiermit vorgelegte Bericht umfasst den Berichtszeitraum 2023-2024.	Nein
24. Bericht nach § 35 BAföG	BMFTR	Bericht	Nach § 35 BAföG sind die Leistungsparameter des Gesetzes alle zwei Jahre zu überprüfen und durch Gesetz gegebenenfalls neu festzusetzen. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Prüfung zu berichten. Dabei ist der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und der Vermögensbildung, den Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie der finanziellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung hat hierüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu berichten. Dies ist zuletzt durch den 23. Bericht vom 13.12.2023 erfolgt.	Nein
13. GE Änd. SGB II (Grundsicherungsgeld)	BMAS	Gesetz Bundesregierung	Mit der Umgestaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll das Gleichgewicht zwischen Solidarität und Eigenverantwortung gestärkt und das System gerechter und zukunftsicher gemacht werden. Die Grundsicherung wird weiterhin verlässliche Sicherheit für diejenigen bieten, die Hilfe und Unterstützung brauchen und die wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen wollen und sollen. Wer arbeiten kann, muss aber daran mitwirken, seinen Lebensunterhalt selbst zu sichern. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende wird deshalb noch konsequenter auf Vermittlung und Mitwirkung ausgerichtet. Dafür braucht es auf der einen Seite die wirksame Unterstützung durch die Jobcenter und auf der anderen Seite die Mitwirkung und Eigenverantwortung der leistungsberechtigten Personen.	Offen
GE Ökodesign	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Neuerlass des Ökodesignsgesetzes (zur Ablösung EVPG - Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte) und Novellierung EnVKG (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz) sowie deren Verordnungen zur Anpassung an geänderten EU-Rechtsrahmen (inkl. ESPR - Europäische Verordnung zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte), u.a. um Marktüberwachung zu modernisieren.	Ja
Haushalt DRV Knappschaft-Bahn-See 2026	BMAS	Sonstiger Kabinettbeschluss	Genehmigung des Haushaltplanes 2026 der DRV KBS durch die Bundesregierung.	Nein
GE Änd. Flaggen- und Schiffsregisterrecht	BMV	Gesetz Bundesregierung	Modernisierung des Flaggenrechts. Zu diesem Zwecke werden Zuständigkeiten klarer geregelt, Regelungen verständlicher gefasst und gestrafft, Regelungslücken geschlossen, veraltete und in der Praxis nicht mehr relevante Regelungen aufgehoben, Bürokratie zurück gebaut. Einige der Regelungen dienen darüber hinaus der Stärkung der deutschen Flagge und greifen diesbezügliche Forderungen aus der Wirtschaft auf. Mit einer Änderung des Schiffsregisterrechts soll es den Ländern ermöglicht werden, die	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			Einsichtnahme in das Schiffsregister über ein elektronisches Abrufverfahren für jedermann zuzulassen (BMJV). Daneben erfolgen Änderungen im Seefischereigesetz (BMLEH).	
EU-Mercosur Partnerschaftsabkommen	AA	Sonstiger Kabinettbeschluss	Das EU-Mercosur Partnerschaftsabkommen soll vorläufig angewendet und als gemischtes Abkommen von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet werden. Von Seiten der EU ist hierfür ein Beschluss des Rates der Europäischen Union erforderlich. Diesem Beschluss, sowie der Unterzeichnung durch DEU soll gem. §§ 33, 25 RVV das Kabinett zustimmen.	Nein
GE Änd. Gewerbeordnung	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Vorhaben soll demn am 03.10.2024 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2024/2022 wegen Falschumsetzung der Versicherungsvertriebsrichtlinie (EU) 2016/97 abhelfen. Alle Kritikpunkte der KOM sollen behoben sowie redaktionelle Änderungen aufgenommen werden.	Nein
GE Stärkung digitale Ermittlungsbefugnisse Polizei	BMI	Gesetz Bundesregierung	Digitale Ermittlungsbefugnisse zur automatisierten Datenanalyse und zum biometrischen Internetabgleich.	Nein
GE Übereinkommen Verhinderung Gewinnverlagerung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Erweiterung der Liste der vom Übereinkommen erfassten bisher 14 Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) um 62 DBA.	Ja
Nationaler Aktionsplan Tarifverhandlungen	BMAS	Sonstiger Kabinettbeschluss	Wie in der Richtlinie (EU) 2022/2041 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union vorgesehen, wird die Bundesregierung der EU-Kommission bis Ende des Jahres 2025 einen unter Beteiligung der Sozialpartner erstellten Nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen (NAP) vorlegen.	Nein
2. VO Änd. Biomasse	BMWE	Regierungsverordnung	Die Novelle der Biomasseverordnung dient der Umsetzung der Vorgaben der EU Erneuerbare-Energien-Richtlinie III (RED III) zur Förderung der Stromerzeugung aus Holzbiomasse. Die Förderregelungen sind so auszugestalten, dass sie keine Anreize für eine nicht nachhaltige Nutzung setzen und den Wettbewerb für Werkstoffe nicht verzerren. Konkret darf nach Artikel 3 Absatz 3c) RED III für die Stromerzeugung aus Biomasse keine unmittelbare finanzielle Unterstützung mehr gewährt werden für die Nutzung von Sägerundholz, Furnier rundholz, Rundholz in Industriequalität sowie von Stümpfen und Wurzeln. Ferner ist gemäß Artikel 3 Absatz 3d) RED III die Gewährung neuer Förderung oder die Verlängerung bestehender Förderung der Stromerzeugung aus forstwirtschaftlicher Biomasse in ausschließlich Elektrizität erzeugenden Anlagen nur noch in Ausnahmefällen zulässig.	Nein
GE DEU-GBR Freundschaftsvertrag	AA	Gesetz Bundesregierung	Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit wurde am 17. Juli 2025 in London unterzeichnet. Der Vertrag bildet den Rahmen für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Er umfasst die gesamte Bandbreite der Zusammenarbeit. Mit dem Vertragsgesetz wird die nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt, sodass der Vertrag innerstaatlich umgesetzt werden kann.	Nein
1. Bericht an KOM nach Art. 13 FüPo RL	BMBFSFJ	Bericht	Nach Art. 13 Führungspositionen-Richtlinie (FüPo RL) sollen bis zum 29. Dezember 2025 und anschließend alle zwei Jahre die Mitgliedstaaten der Kommission einen Bericht über die Umsetzung dieser Richtlinie übermitteln. Mit der Richtlinie wird das Ziel verfolgt, eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern unter den Direktoren börsennotierter Gesellschaften zu erreichen.	Nein
GE Umsetzung EU-VO FuelEU Maritime (FEUMG)	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetz dient der Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/1805 über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarme Kraftstoffe im Seeverkehr („FuelEU Maritime“). Es werden die zuständigen Vollzugs- und Ahndungsbehörden bestimmt sowie die Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung festgelegt. Zudem wird die Ausgestaltung der Nutzung von Landstrom geregelt.	Nein
Bericht Arbeit Nationale Kontaktstelle OECD 2024	BMWE	Bericht	Die Nationale Kontaktstelle (NKS) für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen berichtet jährlich an den Deutschen Bundestag über ihre Arbeit im vorangegangenen Jahr. Die NKS fördert die wirksame Umsetzung der OECD-Leitsätze und bietet ein Mediationsverfahren bei Beschwerden über die Anwendung der Leitsätze an. Die Leitsätze sind das wichtigste umfassende internationale Instrument zur Förderung verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns. Im vorliegenden Bericht informiert die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die Aktivitäten der NKS, die sie zur Erfüllung ihres Auftrags im Jahr 2024 unternommen hat. Im Einzelnen berichtet die NKS über anhängige Beschwerdeverfahren, ihre Öffentlichkeitsarbeit sowie ihre Zusammenarbeit in der OECD und mit anderen Nationalen Kontaktstellen.	Nein
GE Umsetzung EU-Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaket	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Die EnWG-Novelle zur Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets soll das Marktdesign und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Gasmarktes und für den künftigen Wasserstoffmarkt im nationalen Energiewirtschaftsrecht verankern. Das Binnenmarktpaket enthält zahlreiche Vorgaben zum Marktdesign und zur Regulierung der Infrastrukturen, u.a. zur Entflechtung, zum Netzzugang und Netzanchluss für Gas- und H2-Netze, zum Zugang zu H2-Speichern/Terminals sowie zur	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			Zertifizierung und Kennzeichnung kohlenstoffarmer und erneuerbarer Gase. Zentraler Bestandteil der geplanten EnWG-Novelle sind die neuen Regelungen zur Zukunft der Gasnetze, insbesondere der Gasverteilernetze, und zum Aufbau der Wasserstoffverteilernetze. Das EU-Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaket gibt den lokalen Akteuren (Stadtwerken, Kommunen etc.) erstmals einen breiten Instrumentenkasten zu Netzplanung an die Hand und ermöglicht zukünftig nachfragebasierte, technologieoffene Nutzungen der Netze.	
AVV Änd. BAföG	BMFTR	AVV	Durch entsprechende Anpassung der seit 2013 nicht mehr geänderten BAföGVwV an mehrfache zwischenzeitliche Rechtsänderungen im BAföG selbst und in angrenzenden Rechtsgebieten, an die Rechtsprechung, an eine Vielzahl von Erlassen des BMFTR bzw. BMBF, an neuere Entwicklungen in der Hochschul- und Schulpolitik sowie an die sich seit 2013 geänderte Lebenswirklichkeit in Hinsicht auf die Digitalisierung wird wieder ein aktueller Stand der Verwaltungsvorschriften selbst erreicht. Darüber hinaus sind zur Vereinfachung des Vollzugs eine Reihe von Prüfungsanforderungen weggefallen, reduziert oder präzisiert worden.	Ja
GE Apothekenreform	BMG	Gesetz Bundesregierung	Mit den vorgesehenen Maßnahmen werden öffentliche Apotheken vor allem im ländlichen Raum gestärkt und Apothekerinnen und Apotheker können durch Bürokratieabbau ihre Versorgungsaufgaben mit mehr Eigenverantwortung und Flexibilität wahrnehmen. Zudem erhalten öffentliche Apotheken weitere Aufgaben in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Im Ergebnis soll dadurch die Wirtschaftlichkeit der Apotheken verbessert und ein flächendeckendes Netz an Präsenzapothen weiterhin erhalten bleiben.	Nein
GE Infrastruktur-Zukunft	BMV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf enthält Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Verkehrsinfrastrukturprojekten.	Ja
Eckpunkte zum Frühstart-Rentengesetz	BMF	Sonstige Vorhaben	Kabinettsbeschluss zu den Eckpunkten der Frühstart-Rente, die auf der Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge aufbauen wird.	Offen
GE Neuordnung anwaltliches Berufsrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Verschiedene Regelungen im Berufsrecht der rechtsberatenden Berufe sollen neu strukturiert, vereinheitlicht und verständlicher gestaltet werden. Erfasst von der Neuordnung sind vor allem Regelungen für die aufsichtsrechtliche Tätigkeit der Anwalts- und Steuerberaterkammern und zur ehrenamtlichen Tätigkeit bei den Berufsgerichten. Zudem sieht der Entwurf Erleichterungen und erweiterte Möglichkeiten bei der Zulassung vor. Schließlich soll der Verbraucherschutz im Inkassorecht gestärkt werden.	Nein
GE Modernisierung des Produkthaftungsrechts	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Wer durch ein fehlerhaftes Produkt einen Sachschaden oder eine Körperverletzung erleidet, soll es zukünftig in vielen Fällen einfacher haben, Schadensersatz vom Hersteller zu erlangen. So sollen die Regeln über die sogenannte Produkthaftung ausgeweitet werden. Künftig sollen diese Regeln generell auch für Schäden gelten, die durch fehlerhafte Software verursacht wurden, einschließlich KI-Software. Relevant werden kann dies etwa bei Unfällen mit autonom fahrenden Fahrzeugen. Darüber hinaus soll die gerichtliche Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz aber auch generell erleichtert werden. So soll es Beweiserleichterungen für geschädigte Personen geben. All das sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vor. Mit dem Entwurf sollen Vorgaben der neuen EU-Produkthaftungsrichtlinie ins deutsche Recht umgesetzt werden.	Nein
GE Umweltverträglichkeitsprüfung	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Freistellung von Bagatelländerungen klimaschützender Vorhaben von der UVP-Vorprüfung. Zudem ist eine dauerhafte Speicherung von Daten der UVP-Portale zum Ausbau des Umweltdatenportals umwelt.info vorgesehen.	Ja
GE Änd. Behindertengleichstellung		Gesetz Bundesregierung	Um auf mehr Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft hinzuwirken, sieht der Gesetzentwurf vor, den Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen spürbar zu verbessern, ohne dabei Unternehmen unverhältnismäßig zu belasten.	Nein
VO Anpassung JEM (Unterschreitung 2024)	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der Anpassung der Jahresemissionsmengen an die Unterschreitung der Jahresemissionsgesamtmenge 2024.	Nein
VO Minderungsziele JEGM 2031 bis 2040	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehenen Überführung der nationalen Minderungsziele für die Jahre 2031 bis 2040 in Jahresemissionsgesamt Mengen.	Nein
GE Stärkung digitale Ermittlungsbefugnisse zur Abwehr internationalen Terrorismus	BMI	Gesetz Bundesregierung	Digitale Ermittlungsbefugnisse zur automatisierten Datenanalyse und zum biometrischen Internetabgleich (hier: für Bundeskriminalamt zur Abwehr des internationalen Terrorismus).	Ja
Beschluss klimaneutral organisierte Bundesverwaltung	BMUKN	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Es handelt sich um den Beschluss der Bundesregierung gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 des Bundes-Klimaschutzgesetzes zu Maßnahmen zur Verwirklichung des Ziels, die Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu organisieren.	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

GE Durchführung EU-VO über die Wiederherstellung der Natur	BMUKN	Gesetz Bundesregierung		Ja
17. GE Änd. Luftverkehr	BMV	Gesetz Bundesregierung	Anpassung einer Vielzahl luftrechtlicher Vorschriften. Die geplanten materiell-rechtlichen Rechtsänderungen betreffen das LuftVG; z.B. eine Anpassung der Vorgaben bzw. Vorschriften zu/zur: <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung von Lärmschutzvorgaben (§§ 19b Absatz 1 Satz 6, 27c Absatz 6 neu, 29a Absatz 2, § 32b Absatz 1a neu LuftVG und §§ 25 Absatz 1 Satz 3, 58 Absatz 1 neu LuftVG); • Flughafenentgelte (§ 19b Absätze 2 bis 4 neu LuftVG); • Veröffentlichungsform von Flugverböten (§ 26a Abs. 4 LuftVG); • Löschfrist für das Register über Betreiber von unbemannten Fluggeräten (§ 66a Absatz 9 Satz 1 LuftVG). 	Ja
4. GE Änd. Gemeindeverkehrsfinanzierung	BMV	Gesetz Bundesregierung	Im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode (KoA) ist vorgesehen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) u.a. „für innovative Ansätze (zum Beispiel Magnetschwebebahn)“ (Zeilen 880-881) zu öffnen.	Ja
Unterzeichnung CIFOR-Abkommen	BMZ	Sonstiger Kabinettbeschluss	Das Zentrum für internationale Forstforschung (Center for International Forestry Research -CIFOR) beabsichtigt die Eröffnung einer Niederlassung in Bonn. Dazu soll zunächst ein Sitzabkommen mit CIFOR geschlossen und im Anschluss per Verordnung nach § 5 Gaststaatgesetz in Kraft gesetzt werden.	Nein
9. GE Änd. Steuerberatung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Neuregelung der beschränkten und unentgeltlichen geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen, Neuregelung der Vorschriften über Lohnsteuerhilfevereine sowie weitere Änderungen im StBerG.	Ja
Gesetz zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act)	BMDS	Gesetz Bundesregierung	Das geplante Vorhaben umfasst die Umsetzung des Gesetzes zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act) in Deutschland. Die EU-KI-Verordnung (KI-VO) hätte bis zum 2. August 2025 vollständig in nationales Recht überführt werden müssen. Hierzu gehört die Schaffung einer geeigneten Behördenstruktur, die mindestens eine Marktüberwachungsbehörde und eine notifizierende Behörde umfasst. Diese Behörden sollen die Einhaltung der KI-VO sicherstellen und die notwendigen Überwachungs- und Genehmigungsprozesse durchführen sowie innovationsfördernde Aufgaben bekommen (z.B. KI- Reallabore einzurichten). Zudem wird die Festlegung von Bußgeldvorschriften vorgesehen, um Verstöße gegen die KI-VO effektiv ahnden zu können.	Nein
FH GEBT EU-VO Daten-Governance	BMDS	Gesetz Bundestag	Das Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung 2018/1724 über europäische Daten-Governance, kurz Daten-Governance-Gesetz (DGG), implementiert die Vorgaben des Data Governance Acts (DGA) auf nationaler Ebene. Es zielt darauf ab, die Datenwirtschaft in Deutschland zu stärken und die Nutzung von Daten zu erleichtern. Ein wesentlicher Bestandteil des DGG ist die Etablierung der Bundesnetzagentur (BNetzA) als nationale Aufsichtsbehörde. Diese neue Rolle umfasst die Überwachung von Datenvermittlungsdiensten und datenneutralistischen Organisationen. Des Weiteren wird das Statistische Bundesamt (StBA) als zentrale Informationsstelle für die Weiterverwendung öffentlicher Daten eingerichtet. Das DGG enthält auch Regelungen für unionsrechtlich erforderliche Bußgeldatbestände. Diese Regelungen sind notwendig, um die Einhaltung der Vorschriften des DGA sicherzustellen und Verstöße effektiv zu ahnden.	Ja
AVV Direktauftragswertgrenze für Start-ups	BMWE	AVV	Die Abweichenden Verwaltungsvorschriften setzen die im Koalitionsvertrag vorgesehene Sonderwertgrenze für Direktaufträge an Start-ups mit innovativen Leistungen in Höhe von 100 000 Euro um. Damit soll es Start-ups ermöglicht werden, stärker an öffentlichen Aufträgen des Bundes zu partizipieren. Öffentliche Auftraggeber des Bundes können – soweit der Auftragnehmer ein Start-up im entsprechenden Anwendungsbereich ist – eine einfache Beschaffung durch Direktauftrag durchführen. Diese Verwaltungsvorschriften sehen vor, dass bei Auftragsvergabe an Start-ups mit innovativen Leistungen in den ersten vier Jahren nach ihrer Gründung keine Verpflichtung zur Durchführung eines Vergabeverfahrens besteht und entsprechend Direktaufträge genutzt werden können. Das Bundesstariftreuegesetz findet hier keine Anwendung. Ergänzend wird die Möglichkeit zur Direktauftragsvergabe an Start-ups in den Jahren vier bis acht nach ihrer Gründung geschaffen, soweit keine verpflichtenden Arbeitsbedingungen nach dem Bundesstariftreuegesetz bestehen (etwa, weil keine Branche mit Tarifbindung betroffen ist).	Nein
GE EU-VO Targeting politische Werbung	BMDS	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf des Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz (PWTG) dient der Durchführung der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (TTPW-VO), die bis zum 10. Oktober 2025 erfolgen muss. Die Verordnung soll potenziellen Wählerinnen und Wählern helfen zu erkennen, wer sie basierend auf welchen Daten und mit wessen Geld mit politischer Werbung anspricht. Sie enthält vor allem Vorschriften gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			Ausland bei Wahlen sowie über die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke politischer Werbung. Das PWTG enthält vor allem Regelungen für die Zuständigkeit von Bundesbehörden für die Durchsetzung der TTPW-VO (Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur) sowie die Zuständigkeit der Bundeswahlleiterin für die Übermittlung von Wahlterminen an die EU-KOM. Weiterhin enthält der Entwurf des PWTG Befugnisse der Behörden sowie Bußgeldtatbestände.	
2. GE Änd. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	BMBFSFJ	Gesetz Bundesregierung	Umsetzung der EU-Richtlinien über Standards der Gleichbehandlungsstellen (Equality bodies), damit einhergehend Stärkung der ADS und Modernisierung des AGG.	Nein
3. GaFöG-Bericht	BMBFSFJ	Bericht	Der Bericht stellt den Ausbaustand ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter im Schuljahr 2023/24 dar und berechnet aufbauend auf prognostizierten Elternbedarfen die Spannbreite der zukünftig benötigten Ganztagsplätze.	Nein
Spitzensportfördergesetz	BKAmt	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetz zur Regelung der Förderung des Spitzensports und Errichtung der Sportagentur (Sportfördergesetz – SpoFöG) ist ein Stammgesetz, das sich in vier Abschnitte gliedert. Der erste Abschnitt beinhaltet allgemeine Bestimmungen zur Zielsetzung der Spitzensportförderung des Bundes. Im zweiten Abschnitt ist die Sportförderung des Bundes geregelt. Hier steht eine für alle Förderbereiche geltende allgemeine Bestimmung den Regelungen zu den einzelnen Förderbereichen voran. In Abschnitt drei ist die Errichtung einer Sportagentur in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Stiftung geregelt. Diese soll künftig in wesentlichen Bereichen die Förderung übernehmen. Der vierte Abschnitt enthält Übergangs- und Schlussbestimmungen.	Nein
GE Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren (Umsetzung Anti-SLAPP Richtlinie)	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Gerichte sollen bessere Möglichkeiten erhalten, mit sogenannten Einschüchterungsklagen umzugehen. Unter Einschüchterungsklagen werden unbegründete Klagen verstanden, die darauf abzielen, missliebige Beiträge zur öffentlichen Meinungsbildung zu unterdrücken. Sie richten sich zum Beispiel gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Nichtregierungsorganisationen. Auf Englisch werden sie auch als SLAPP bezeichnet („Strategic Lawsuits Against Public Participation“). Der Gesetzentwurf geht zurück auf die Anti-SLAPP-Richtlinie der EU, die damit in das deutsche Recht umgesetzt werden soll.	Nein
1. GE Änd. Bundesjagd	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der Aufnahme des Wolfes ins Bundesjagdgesetz.	Ja
2. GE Änd. Tierhaltungskennzeichnung	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der inhaltlichen Anpassung, damit die Umsetzung in der Praxis für alle Beteiligten der gesamten Wertschöpfungskette möglichst vereinfacht wird.	Nein
Änderung des Tierschutzgesetzes	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der Einführung einer verpflichtenden Videoüberwachung an Schlachthöfen.	Ja
Januar				
Zustimmung zur Unterzeichnung des Völkerrechtlichen Vertrags zur Schließung von Statuslücken bei Aufenthalten ausländischer Streitkräfte in den ostdeutschen Bundesländern	AA	Sonstiger Kabinettbeschluss	Der Einigungsvertrag bestimmt, dass das NATO-Truppenstatut nicht im Beitrittsgebiet gilt. Das verursacht Rechtsunsicherheit, weil das NATO-Truppenstatut die zentrale Statusfragen für Truppen aus NATO-MS in anderen NATO-MS regelt. Bis 1998 hat DEU mit allen damaligen NATO-MS bis auf ISL Verträge geschlossen, die deren Truppen im Beitrittsgebiet denselben Status wie in Westdeutschland geben, nämlich den nach dem NATO-Truppenstatut. Das Übereinkommen soll diese Regelung wiederholen und mit allen NATO-MS geschlossen werden, die seit 1998 der Allianz beigetreten sind.	Nein
Bericht Aufklärungsunterlagen BzgA und Informationsangebote TPG	BMG	Bericht	Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation der Aufklärungsunterlagen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie ihrer sonstigen Informationsangebote zur Organ- und Gewebespender nach § 2 Absatz 1d Satz 3 Transplantationsgesetz.	Nein
Umsetzung Digitalpakt 2.0	BMBFSFJ	Sonstige Vorhaben	Abschluss eines Digitalpakts 2.0 auf Basis der Gemeinsamen Erklärung zwischen dem ehemaligen BMBF und der Konferenz der Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder	Nein
VO Novellierung Bundeslaufbahn	BMI	Regierungsverordnung	Modernisierung Dienstrecht, Erleichterung beim vertikalen Laufbahnwechsel, Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten mit Abschlüssen der beruflichen Fortbildung.	Nein
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Niue	AA	Sonstiger Kabinettbeschluss	Förmliche Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Niue	Nein
Bericht zum Bundesgleichstellungsgesetz	BMBFSFJ	Bericht	Bericht zu Maßnahmen zur Erreichung der paritätischen Teilhabe von Frauen an im öffentlichen Dienst des Bundes.	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

GE DEU-CZE Grenzvertrag 2025	BMI	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetz setzt den völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Grenze um.	Ja
Bundesgremienbericht	BMBFSFJ	Bericht	Gemäß § 6 BGremBG legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre eine Zusammenstellung und Auswertung der vom Bund vorgenommenen Gremienbesetzungen vor. Im Unterschied zur früheren Rechtslage wird dieser Bundesgremienbericht nicht mehr im Umfang der bisherigen Gremienberichte zum Bundesgremienbesetzungsgesetz erstellt (s. Begründung zu BT-Dr.18/3784).	Nein
GE Stärkung Genossenschaftsrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetzentwurf sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften verbessert werden. Die neuen Regelungen sehen insbesondere vor, die Digitalisierung bei Genossenschaften zu fördern, die genossenschaftliche Rechtsform attraktiver zu gestalten und zugleich ihre missbräuchliche Verwendung zu verhindern. Insbesondere die Gründung einer Genossenschaft soll beschleunigt werden.	Nein
VO Festlegung JEM 2031 bis 2040	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehenen Festlegung spezifischer Jahresemissionsmengen (JEM) für die einzelnen Sektoren für die Jahre 2031 bis 2040.	Nein
Stadtentwicklungsbericht 2025	BMWSB	Bericht	Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss vom 15. Juni 2005 die Bundesregierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre über die Stadtentwicklung in Deutschland zu berichten. Auch für das Jahr 2025 veröffentlicht die Bundesregierung einen Stadtentwicklungsbericht und stützt sich dabei auf die Grundlagenforschung des BBSR.	Nein
Zeichnung Rechtshilfeübereinkommen Deutschland und Vereinigte Arabische Emirate	BMJV	Völkerrechl. Vereinbarung	Das Rechtshilfeabkommen soll die justizielle Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten auf eine völkertragliche Grundlage stellen und damit die Erledigung wechselseitiger Ersuchen erleichtern. Es betrifft die „sonstige Rechtshilfe“ bei Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und gerichtlichen Verfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind insbesondere Auslieferungen und die Überstellung verurteilter Personen zur Strafvollstreckung.	Nein
Stellungnahme zum EFI-Gutachten	BMFTR	Bericht	Im Februar 2025 hat die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) ihr Jahresgutachten übergeben. Gemäß Bundestagsbeschluss vom 22.06.2006 (Drucksache 16/1705) ist eine – in ihrer Form nicht festgelegte – Stellungnahme der Bundesregierung notwendig. Es wurde festgelegt, dass in diesem Jahr mit einem Papier zur neuen Forschungs- und Innovationspolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität in Deutschland reagiert werden soll, in dem auf die nächsten Schritte der Hightech Agenda Bezug genommen wird. Dies geschieht durch die Stellungnahme mit dem Titel „Eine neue Forschungs- und Innovationspolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität in Deutschland“.	Nein
GE Änd. Wissenschaftsfreiheitsgesetz	BMFTR	Gesetz Bundesregierung	Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode heißt es in den Zeilen 2578 ff.: „Das Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen flexibilisieren wir und novellieren dazu das Wissenschaftsfreiheitsgesetz.“	Nein
GE Umsetzung RL Umweltstrafrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetzentwurf soll die neue europäische Richtlinie zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt in deutsches Recht umgesetzt werden. Ziel der Richtlinie ist es, Umweltkriminalität wirksamer zu bekämpfen. Die Richtlinie sieht neue Straftatbestände vor und trägt der zunehmenden Bedeutung des grenzüberschreitenden Umweltschutzes Rechnung. Das deutsche Umweltstrafrecht enthält bereits viele Elemente, die den Vorgaben der Richtlinie entsprechen. Dennoch folgt aus den europäischen Vorgaben Umsetzungsbedarf in mehreren Gesetzen und Verordnungen.	Nein
GE Umsetzung RL Menschenhandel	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben im Bereich der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung und sieht dazu eine grundlegende Überarbeitung und Neufassung der entsprechenden strafrechtlichen Regelungen im Strafgesetzbuch vor. Der Tatbestand der Zwangsprostitution soll mit den überarbeiteten Regelungen zur sexuellen Ausbeutung im 13. Abschnitt des Strafgesetzbuches (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung) zusammengeführt werden. Im Zuge der Neufassung der Tatbestände werden auch die zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie Menschenhandel notwendigen Änderungen vorgenommen, nämlich die Ausweitung des Menschenhandelstatbestands auf neue Ausbeutungsformen sowie die Einführung einer Nachfragestrafbarkeit für alle Formen des Menschenhandels.	Nein
Gesetz zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act)	BMDS	Gesetz Bundesregierung	Das geplante Vorhaben umfasst die Umsetzung des Gesetzes zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act) in Deutschland. Die EU-KI-Verordnung (KI-VO) hätte bis zum 2. August 2025 vollständig in nationales Recht überführt werden müssen. Hierzu gehört die Schaffung einer geeigneten Behördenstruktur, die mindestens eine Marktüberwachungsbehörde und eine notifizierende Behörde umfasst. Diese Behörden sollen die Einhaltung der KI-VO sicherstellen und die notwendigen Überwachungs- und Genehmigungsprozesse durchführen sowie innovationsfördernde Aufgaben bekommen (z.B. KI- Reallabore).	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			einurichten). Zudem wird die Festlegung von Bußgeldvorschriften vorgesehen, um Verstöße gegen die KI-VO effektiv ahnden zu können.	
GE Medizinregistergesetz	BMG	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf reiht sich in die europäischen und nationalen Regelungen zur Digitalisierung und Gesundheitsdatennutzung ein, regelt sinnvolle Ergänzungen und bereitet als Brückengesetz die vorgesehene Infrastruktur für den Europäischen Raum für Gesundheitsdaten für den Bereich der Medizinregister vor. Die Durchführung der Verordnung zum Europäischen Gesundheitsdatenraum wird erst in einem späteren Gesetz erfolgen. Zudem werden die Themen der Transparenz, Qualität und verbesserte Datennutzbarkeit adressiert.	Nein
Februar				
GE Reform der Notfallversorgung	BMG	Gesetz Bundesregierung	Mit der Notfallreform werden gesetzliche Maßnahmen ergriffen, um die Vernetzung der Versorgungsbereiche, die Steuerung der Hilfesuchenden in die richtige Versorgungsebene sowie die wirtschaftliche Notfallversorgung von Patientinnen und Patienten zu verbessern. Die notdienstliche Akutversorgung der Kassenärztlichen Vereinigungen wird ausgebaut. Integrierte Notfallzentren werden als sektorenübergreifende Notfallversorgungsstrukturen flächendeckend etabliert. In diesen arbeiten zugelassene Krankenhäuser und die Kassenärztlichen Vereinigungen verbindlich so zusammen, dass immer eine bedarfsgerechte ambulante medizinische Erstversorgung bereitsteht. Zudem soll die Versorgung von Notdienstpraxen mit Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten durch die Einführung von Versorgungsverträgen mit öffentlichen Apotheken verbessert werden. Der Entwurf sieht vor, die medizinische Notfallrettung als Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung zu verankern. Schließlich wird die digitale Vernetzung der Leistungserbringer der medizinischen Notfallrettung mit den anderen Akteuren der Notfall- und Akutversorgung unter Nutzung der Telematikinfrastruktur ausgebaut.	Nein
GE Reform der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf sieht eine inhaltliche Überarbeitung und Neustrukturierung des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) vor. Das bisherige Gesetz stammt aus dem Jahr 1982 und wurde über die Jahrzehnte immer wieder angepasst. Nach über 40 Jahren ist eine umfassende Modernisierung erforderlich. Das IRG regelt die Zusammenarbeit deutscher Strafverfolgungsbehörden und Gerichte mit ausländischen Behörden und Gerichten – zum Beispiel bei der grenzüberschreitenden Beweiserhebung oder bei Auslieferungen.	Ja
GE Zollmodernisierung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Durch das Artikelgesetz soll ein möglichst umfassender Rahmen zur zukunftsorientierten Ausrichtung des Zolls geschaffen werden. Das Gesetz wird u.a. die Umsetzung der organisatorischen Zielstruktur Zoll 2030 und ein Sicherheitspaket beinhalten, das die Ziele des Koalitionsvertrages aufgreift.	Offen
GE 30. BAföGÄndG	BMFTR	Gesetz Bundesregierung	Das BAföG soll in einer großen Novelle modernisiert werden. Hierfür werden sowohl Leistungsparameter deutlich angehoben als auch der BAföG-Vollzug weiter vereinfacht und digitalisiert. Erste Verbesserungen sind bereits zum Wintersemester 2026/2027 geplant.	Offen
GE Schutz vor K.O.-Tropfen	BMJV	Gesetz Bundesregierung	In seiner Entscheidung vom 8. Oktober 2024 hat der Bundesgerichtshof festgestellt, dass K.-o.-Tropfen beim sexuellen Übergriff nicht unter den Begriff „gefährliche Werkzeuge“ gemäß § 177 Absatz 8 des Strafgesetzbuchs (StGB) fallen. Dadurch werden solche Fälle nur nach dem Auffangtatbestand des § 177 Absatz 7 StGB, der eine geringere Mindeststrafe vorsieht, bestraft, obwohl die Schwere des Unrechts vergleichbar ist. Zur Klarstellung sollen künftig auch gefährliche „Mittel“ wie K.-o.-Tropfen in den Qualifikationstatbeständen des § 177 Absatz 8 StGB und § 250 Absatz 2 StGB aufgenommen werden.	Offen
GE weitere Digitalisierung des Gesellschafts- und Registerrechts sowie des Führungszeugnisses	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf sieht zum einen die Ausweitung des notariellen Online-Verfahrens auf weitere beurkundungspflichtige gesellschaftsrechtliche Vorgänge vor, zum Beispiel auf die Gründung von Aktiengesellschaften oder Registervollmachten. Zum anderen sind die Einführung einer Rechtsgrundlage für das Digitale Führungszeugnis für private Zwecke sowie Änderungen im Bundeszentralregister und Gewerbezentralsregister insbesondere im Bereich des Zeugenschutzes beabsichtigt. Darüber hinaus soll die Frist für Anträge auf Entschädigung nach dem Gesetz zur Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen, ihrer homosexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität dienstrechtlich benachteiligten Soldatinnen und Soldaten verlängert werden.	Nein
GE Umsetzung der Entgeltsparenzrichtlinie (EU) 2023/970	BMBFSFJ	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetzgebungsvorhaben dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/970. Das Umsetzungsgesetz wird das Entgeltsparenzgesetz (in Kraft seit 06.07.2017) in Deutschland ablösen. Wesentlicher Inhalt sind verbindliche Maßnahmen zur Förderung von Entgeltsparenz und zur besseren Rechtsdurchsetzung.	Ja